



26.05.2009 16:04

### **Zu viel Freiheit und zu viel Sicherheit**

Bei der Frage, in welche Richtung die EU-Integration gehen soll, scheiden sich die Geister - Eine Fremde Feder von Gerald Mader

Die Zukunft der EU kann nicht in einem gespaltenen, zerklüfteten oder nationalen Europa liegen, sondern nur in einer maßvollen und vernünftigen Integration. Hierüber gibt es bei SPÖ, ÖVP und Grüne eine große Übereinstimmung. Bei der Frage, in welche Richtung die Integration gehen soll, scheiden sich die Geister. Z. B. für oder gegen Neoliberalismus? Diese Frage scheint der amerikanische Finanzkapitalismus, der sich wie eine ansteckende Krankheit weltweit ausgebreitet hat, geklärt zu haben. Es ist jedenfalls zu begrüßen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise einschließlich Vermögenssteuer ein zentrales Thema in der EU-Wahl wurde, das Visionen über eine sozialere und ökonomischere Weltordnung, über einen zivilisierten Kapitalismus miteinschließt.

Im Gegensatz dazu fehlt es an einer Debatte der Wahlparteien zum Thema EU-Sicherheitspolitik. Kein Kommentar zum Aufbau einer europäischen Militärmacht, zur Aufrüstungsverpflichtung, selbst die Resolution des Europäischen Parlaments vom 19. Februar 2009 über das Verteidigungsbündnis mit der NATO war trotz des knappen Abstimmungsverhältnisses (293 gegen 283 Stimmen bei 60 Stimmenthaltungen) kein Gegenstand von Wortmeldungen. Wer hat mit welcher Begründung dafür oder dagegen gestimmt? Vielleicht kann die folgende Gegenüberstellung der machtpolitischen Realität mit friedenspolitischen Visionen künftige EU-Abgeordnete zum Nachdenken anregen.

### **Interventionsarmee statt Verteidigungsarmee?**

Das Friedensprojekt EU sollte nicht nur Kriege in Europa verhindern, es sollten von Europa auch keine Kriege mehr ausgehen. Das Militärkonzept der EU sieht jedoch einen Aufbau von Streitkräften vor, die nicht für die Verteidigung des EU-Territoriums, sondern für militärische Interventionen und für eine neue europäische Expansion bestimmt sind. Diese Halbierung des Friedensprojektes, die unter dem Einfluss von USA und NATO erfolgt ist, wurde politisch mit dem Kampf gegen den Terror und wissenschaftlich mit einem erweiterten Sicherheitsbegriff begründet.

Inzwischen verwenden selbst die USA nicht mehr den Begriff „war on terror“ und der erweiterte Sicherheitsbegriff hat eine Erodierung erfahren, mit dem sich jeder Angriff als Selbstverteidigung legitimieren lässt. Begriffe werden zu Instrumenten der Politik. Europa wird am Hindukusch verteidigt. Es ist verständlich, dass die Militärplanungen diesen erweiterten Sicherheitsbegriff verinnerlicht haben. Die Rüstungslobby ist begeistert. Aber liegt der Aufbau einer weltweiten EU-Militärmacht im europäischen Interesse? Welche Gefahren drohen Europa, die nur mit einer Interventionsarmee abgewendet werden können?

## **Vision: Beschränkung auf echte Verteidigung und ziviles Krisenmanagement**

Rechtfertigen nationale Interessen den Einsatz von Militär?

Grundlagen des sicherheitspolitischen Agierens von USA, NATO, aber auch von anderen Großmächten bilden zwei Begriffe: Umfassende Sicherheit, wodurch zivile Gefahren und Drohungen in die Sicherheitsvorsorge einbezogen werden und nationale Interessen, welche den Einsatz militärischer Mittel rechtfertigen. Entgegen dem Gewaltverbot der UNO, ohne Autorisierung durch den Sicherheitsrat, sohin völkerrechtswidrig. Heute geht es nicht um territoriale Eroberung, sondern um Zielsetzungen wie Rohstoff- und Energiesicherung, wirtschaftliche und geopolitische Interessen. Am Konflikt zwischen Völkerrecht und Macht hat sich jedoch nichts geändert. Was schert dem Aggressor das Völkerrecht, wenn es um nationale Interessen, um Macht geht? Soll sich die EU an einer Sicherheitsstrategie beteiligen, die noch immer auf dem Sicherheitsdilemma basiert, die nicht zur Vertrauens-, sondern zur Misstrauensbildung beiträgt und in Richtung polarisierter Welt geht?

## **Vision: Verzicht der Großmächte auf militärische Intervention**

Wie schützt man die Menschenrechte auf internationaler Ebene?

Friedenspolitik setzt die Wahrung der Menschenrechte voraus, wofür primär die Einzelstaaten verantwortlich sind. Das Dilemma, das sich ergibt, wenn Staaten dieser Verantwortung nicht nachkommen, ist bekannt. Der Sicherheitsrat ist handlungsunfähig und bei unautorisierten Interventionen von Einzelstaaten besteht die Gefahr des Missbrauchs. Sri Lanka zeigt die Grenzen des Sicherheitsrates, aber auch von zivilen Peace Building-Aktivitäten, die in Sri Lanka zahlreich vertreten waren. Auch die sogenannte Schutzverantwortung (Responsibility to protect), welche den Übergang der Verantwortung auf die Internationale Gemeinschaft vorsieht, kann dieses Dilemma nicht lösen.

## **Vision: Eine UNO-Reform mit einem rechtstaatlich organisierten Sicherheitsrat, der Kriterien und Zuständigkeit für Interventionen festlegt**

Mehr Sicherheit durch NATO-Bündnis?

Der sicherheitspolitische Mainstream geht davon aus, dass die EU zu ihrer Verteidigung des Schutzes der NATO bedarf, auch wenn dieser nur sehr vage, aber mit markigen Zitaten begründet wird. „Ohne militärische Machtmittel ist die Europäische Union nur ein Hund, der bellt, aber nicht beißt“. Während des Ost-West-Konfliktes war dies zweifellos der Fall. Inzwischen hat sich die NATO entgegen dem Grundanliegen der Helsinki Akte und der Charta von Paris um die osteuropäischen Staaten erweitert und zu einem weltweiten Interventionsbündnis gewandelt. Bedarf die EU unter diesen veränderten Strukturen noch immer des Schutzes der NATO? Oder verbindet sich hier eine nostalgische Sehnsucht nach der alten transatlantischen Zusammenarbeit mit den hegemonialen Interessen der USA? Die EU wird von niemandem militärisch bedroht. Die großen Herausforderungen dieses Jahrhunderts einschließlich der Terrorbekämpfung sind nichtmilitärischer Natur. Das Bündnis mit der NATO bringt zusätzlich die Gefahr, in fremde Kriege verwickelt und in die Aufrüstungspolitik von NATO und USA eingebunden zu werden.

Hinzu kommt, dass im Zusammenhang mit dem Krieg in Afghanistan von vielen Experten in Zweifel gezogen wird, dass die NATO den Guerillakrieg gewinnen kann, wodurch ihre künftige Existenz bedroht ist. Es gibt aber auch Vorstellungen über eine ganz andere NATO-Entwicklung. Die NATO wird im Zuge einer UNO-Reform zum Ausführungsorgan der Abrüstung und der Abrüstungskontrolle. Dazu wäre eine Hoheitsübertragung auf den UNO-Sicherheitsrat notwendig. Eine nicht unbedingt realistische Vision, für die sich viele Friedensforscher engagieren.

Für die Zukunft der NATO ergeben sich 3 Varianten: Erneuerung der NATO im Sinne der geplanten großen Militärstrategie (ohne Konsensprinzip), Auflösung der NATO oder Transformation der NATO in ein Instrument und Abrüstungsorgan der UNO. Momentan geht die NATO noch in Richtung weiterer Aufrüstung zur Kriegsführung, weshalb der Sinn und Nutzen der Einbindung der EU in ein NATO-Bündnis zumindest fragwürdig erscheint, wofür auch das Abstimmungsergebnis spricht.

### **Vision: Kein Bündnis der EU mit einem Militärpakt. Auflösung der NATO oder Umwandlung in ein Abrüstungsorgan der UNO**

Die Chancen einer friedenspolitischen Trendwende?

Realpolitiker werden solche Visionen für unreal halten. Aus der Geschichte wissen wir, dass die Verfechter notwendiger Veränderungen auf den Widerstand von Anhängern des Status quo stoßen. Warum soll es in unserer Übergangszeit anders sein? In der Wirtschaftspolitik geht es um die Überwindung des Neoliberalismus, der die absolute Freiheit der Finanzmärkte vertrat. Bei der Sicherheitspolitik geht es um das Gegenteil, die Überwindung von neomilitaristischen Militärstrukturen und von neoabsolutistischen Machtstrukturen (Sicherheitsrat, etc.), von welchen Dieter Senghaas spricht. Zu viel Freiheit und zu viel Sicherheit.

Im Gegensatz zur Wirtschaftspolitik scheint im Bereich der EU-Sicherheitspolitik ein Perspektivenwandel nicht in Sicht. Kant hatte seinerzeit auf einen Wandel der Denk- und Handlungsprinzipien der Mächtigen gesetzt. Diesen wird es aber nur geben, wenn es einen breiten Druck von unten gibt. Viele objektive Faktoren sprechen dafür. Der Trendwechsel im Bereich der Wirtschaftspolitik, die budgetäre Notlage, der Rüstungswahnsinn, die zunehmende Kluft zwischen Reich und Arm, die Herausbildung einer neuen Weltöffentlichkeit (Internet), der sich Friedensforschung und Friedensbewegung bedienen können. Jeder Mensch und jeder Staat kann aus seiner Vergangenheit lernen.

Die europäische Bevölkerung hat aus ihrer Kriegsgeschichte gelernt und lehnt mehrheitlich Gewaltanwendung ab. Vieles spricht dafür, dass es auch in der Sicherheitspolitik zu einer Trendwende kommen wird, auch wenn der Zeitpunkt nicht feststeht. Es gibt auch viele Militärs, die sich nicht für eine übertriebene Militärpolitik einspannen lassen wollen. Diese Trendwende kann friedlich wie 1989, aber auch apokalyptisch erfolgen.

Die Rolle der EU kann nicht in der Verteidigung alten Machtdenkens liegen, sondern die EU sollte sich als Krisenmanager, als Friedensmacher für eine Welt verstehen, in der die politische Macht auch auf internationaler Ebene rechtstaatlich geregelt ist und in der die nationalen Interessen nicht militärisch, sondern nur politisch, diplomatisch und ökonomisch/ökologisch vertreten werden. Eine Jahrhundertaufgabe, die nach

Utopie klingt. Aber es ist eine positive Utopie, die sich gegen das alte Machtdenken richtet, dessen Niedergang unabwendbar ist. Eine Utopie, die der EU eine Friedensaufgabe gibt. (Gerald Mader)

---

**Zur Person:** Dr. Gerald Mader ist Präsident des [Friedenszentrums Burg Schlaining](#).